

"Ni putes ni soumises"

Eine Bewegung von Frauen aus den französischen Banlieues gegen spezifische Unterdrückung

Drei Tage vor dem französischen Nationalfeiertag nahm die Pariser Nationalversammlung ein anderes Aussehen an. Am Abend des 11. Juli 2003 wurden mehrere Riesenportraits unter dem Titel "Mariannes von heute" an der Außenfassade des Palais Bourbon angebracht. Die insgesamt vierzehn Abbildungen zeigten junge Frauen, die im Februar und März des letzten Jahres am "Marsch der Frauen aus den Vorstädten" teilgenommen hatten. Jede von ihnen hatte entweder einen "bonnet phrygien" auf dem Kopf, so heißt die rote Zipfmütze, die Jakobiner und Sansculottes zur Zeit der Französischen Revolution trugen, oder trug eine Cocarde. Letzteres entstammt derselben Periode und ist ein Symbol für revolutionären Patriotismus, das allerdings in späteren Zeiten chauvinistische Bedeutung hatte. Der Titel der Ausstellung vermittelte die Botschaft: La République métissée. Das bedeutet ungefähr die "vermischte Republik", wobei der französische Begriff métissage anders als im deutschen (Vermischung oder "Rassenmischung") keineswegs nur negativ gemeint ist, sondern je nach Standpunkt euphorisch-zustimmend bis ablehnend benutzt werden kann.

Einer Tour der France ähnlich, hatten die Abgebildeten zusammen mit weiteren Aktivistinnen - ihr harter Kern bestand aus etwa 25 Frauen, die von Stadt zu Stadt reisten, um an Vorträgen und Diskussionsrunden teilzunehmen - im Februar und März 2003 ganz Frankreich durchquert. Auf diesem Wege sollte eine Bewegung der "filles des cités" (Mädchen der Vorstädte) initiiert werden, um deren besondere Unterdrückungsbedingungen landesweit zum Thema zu machen.

Als Höhepunkt und Abschluss der Aktion führten die Teilnehmerinnen und zahlreiche UnterstützerInnen der Kampagne in Paris die Demonstration zum internationalen Frauentag am 8. März 2003 an. In der Folgezeit sollten sich feste Bewegungsstrukturen in Gestalt einer neuen Frauenorganisation unter dem Titel „Ni putes ni soumises“ (Weder Huren noch unterwürfig) herausbilden. Die Namensgebung soll den Doppelcharakter der spezifischen Unterdrückung von Frauen in der Einwanderungsbevölkerung und der Bewohnerschaft der Trabantenstädte - beide soziale Gruppen überlappen sich deutlich - herausstreichen. Denn diese stehen oftmals vor der fatalen Alternative: Entweder früh verheiratet werden oder Freiwild sein.

Beginn der Kampagne

Viele Frauen aus den Trabantenstädten und Einwandererfamilien fanden im Laufe der letzten Jahre die Situation in den Vorstädten zunehmend unerträglich. Zu Beginn des Jahrzehnts entstand dort parallel zu den klassischen feministischen Gruppierungen ein eigener, frauenspezifischer Organisationsprozess.

Aus örtlichen Zusammenschlüssen erwuchs die Bewegung für lokale Frauenkongresse, die unter der Bezeichnung "Etats généraux locaux des femmes" im Jahr 2001 stattfanden. Die Schirmherrschaft hatte dabei das landesweite

Netzwerk "Fédération nationale des maisons des potes" (Nationale Zusammenschluss der "Häuser der Kumpels") übernommen. Einer Struktur, die unter der Kontrolle von SOS Racisme steht, einer Organisation die in der Mitte der 1980er Jahre entstanden ist. Im Inneren der Fédération waren im Vorfeld frauenspezifische Kommissionen gegründet worden.

Aus dem bei den lokalen Veranstaltungen Zusammengetragenen wurde ein "Weißbuch der Frauen aus den quartiers" (wobei "Quartiere" hier üblicherweise für Armen- oder Unterschichtviertel steht) erstellt, das eine Grundlage für einen nationalen Frauenkongress bilden sollte. Dieser fand am 26. und 27. Januar 2002 an der ältesten Hochschule Frankreichs, der Sorbonne, statt. Der Veranstaltungsort, im historischen Zentrum der Hauptstadt, schien dabei nicht besonders geeignet zu sein, ein Höchstmaß an Mobilisierung aus den Trabantenstädten sicherzustellen. Insgesamt nahmen 250 Frauen aus ganz Frankreich an dem Kongress teil. Es wurde beschlossen, ein "Frauenmanifest" zu veröffentlichen, das besonders den spezifischen Problemen der Bewohnerinnen der quartiers gewidmet sein sollte.

Den Auslöser für die folgende landesweite Kampagne, lieferte eine Aufsehen erregende Gewalttat, die am 4. Oktober 2002 in der Pariser Trabantenstadt Vitry-sur-Seine stattfand. Die 17jährige Tochter kabyllischer Einwander, Sohane, war von einem Kleinkriminellen aus der Gegend mit Benzin übergossen und angezündet worden. Sie starb in den Flammen, er selbst kam mit schwere Brandverletzungen davon. Hintergrund waren Konflikte zwischen seiner Freundin und Sohane und von ihm gehegte Territorialansprüche.

Dieser besonders spektakuläre Tod, in dessen Folge rund 2.000 Menschen aus Vitry-sur-Seine in Form eines Schweigemarschs demonstrierten, wurde durch die Medien in hohem Maße wahrgenommen. Deswegen schien die Zeit reif, um die Ursachen zur Sprache zu bringen und an den Zuständen zu rütteln.

Anfang Februar 2003 begann der "Marsch der Frauen aus den Banlieues" deswegen auch in Vitry-sur-Seine. Von dort aus ging es zunächst nach Süd- und Südwestfrankreich, bevor in den ersten Märztagen verschiedene Trabantenstädte im Ballungsraum Paris auf dem Programm standen. Am 8. März 2003 demonstrierten in Paris rund 15.000 bis 20.000 Frauen und Männer mit den Organisatorinnen. Viele von ihnen trugen die schwarz-rosafarbenen Aufkleber "Ni putes ni soumises". Damit fiel die Teilnahme am internationalen Frauentag in Paris deutlich stärker aus als in den Vorjahren.

Zwar war die Demonstration durch die Präsenz von Berufspolitikern und Funktionärinnen geprägt. Beispielsweise traf man auf den neoliberalen Sozialdemokraten und Ex-Wirtschaftsminister Laurent Fabius, den amtierenden bürgerlichen Städtebauminister, der für die Banlieues zuständig ist, Jean-Louis Borloo aber auch Lionel Jospins Ehefrau Sylviane Agacinski. Alle hätten gerne den Zuspruch für sich genutzt, den die Kampagne, vor allem durch die Sympathie vieler vor allem linksliberaler Medien, auslöste .

Hinter dem mondänen Prominentenblock waren die FunktionsträgerInnen von SOS Racisme, ausgestattet mit Ni putes ni soumises- Wimpeln und Aufklebern, ein wenig überdeutlich präsent. Dennoch war auch eine reale Beteiligung von Frauen und auch

einigen Männern aus den Trabantenstädten selbst sichtbar. Das war ein Erfolg, denn die Mobilisierung aus den Banlieues ist bei solchen Anlässen nicht immer sehr stark.

Bilanz und Probleme

Ein Problem ist nun, dass die Mobilisierung in den Trabantenstädten und sogenannten sozialen Problemvierteln ins Stocken, wenn nicht gar zum Stehen gekommen ist. Stattdessen waren die Bemühungen im weiteren Verlauf des Jahres vor allem darauf ausgerichtet, einen kleinen professionellen Apparat herauszubilden. Dem diene unter anderem die Abhaltung einer "Sommeruniversität" vom 3. bis 5. Oktober 2003 in Dourdan, einem südlichen Pariser Vorort. An jenem Ort, wo alljährlich auch die Organisation SOS Racisme ihre Sommeruniversitäten abhält.

Damit ist auch bereits ein zentrales Problem benannt: Die institutionelle Vereinnahmung der NPNS- Bewegung durch die Organisation SOS Racisme und durch die hinter ihr stehende, französische Sozialdemokratie.

SOS Racisme hat bereits in den 80er Jahren, damals mit reichlich Geld von Präsident François Mitterrand, den antirassistischen Mobilisierungen der Immigrant*innenjugend die Spitze abgebrochen; sie wurden für Konzerte mobilisiert und anschließend ohne politische Perspektiven gelassen. Die staatsnahe Organisation ist heute unter den Banlieue- BewohnerInnen selbst ziemlich diskreditiert. Ihr bis vor kurzem amtierender Präsident Malek Boutih hat im Juni 2003 sein Amt gegen einen Sitz in der Parteiführung der Sozialdemokraten ausgetauscht; nicht ohne zwei Monate später auch noch lautstark den konservativ-repressiven Innenminister Nicolas Sarkozy als "Hoffnungsträger für die Jugend" zu loben, was für einen Aufschrei bei manchen Sozialdemokraten und an der Basis von SOS Racisme sorgte. Der neue Präsident von SOS Racisme seit Juni 2003, Dominique Sopo, war vorher Mitglied im landesweiten Vorstand der französischen Jungsozialisten gewesen.

De facto dient der kleine Apparat von NPNS, der sich lange Monate - unter Vernachlässigung der Basisaktivitäten- heute als verlängerter Arm der Sozialdemokraten, ebenso wie zuvor SOS Racisme. Das zeigte sich anlässlich der Vorbereitungen des Europäischen Sozialforums (ESF) im November 2003 in Paris, in deren Vorfeld die NPNS-FunktionärInnen offen die Interessen der sozialdemokratischen Partei vertraten.

Perspektiven des Netzwerks "NPNS"

Im Anschluss an den 8. März vorigen Jahres nahmen die OrganisatorInnen Verhandlungen mit der konservativen Regierung über eine mögliche Finanzierung des Netzwerks, oder von Projekten wie der Herausgabe eines Handbuchs für Frauen, auf.

Da bis zum Frühsommer 2003 aber noch keine Einigung diesbezüglich erzielt wurde, sollte am 6. Juni 2003 ein Solikonzert im Pariser Veranstaltungssaal Le Zénith stattfinden. Geladen waren namhafte Musiker wie: Rita Mitsouko, Jean-Jacques Goldman, Aston Villa oder Enrico Maci. Der Eintrittspreis sollte 20 Euro betragen.

Das Musikangebot wäre dies vermutlich wert gewesen, ungeeignet schien der Preis jedoch, um viele TeilnehmerInnen aus den Trabantenstädten und "sozialen Brennpunkten" anzuziehen. Die Tageszeitung Le Monde teilte Anfang Juni mit, dass bis eine Woche vor dem Konzertermin nur 150 Karten verkauft wurden; das Zénith fasst jedoch 6.000 Sitzplätze. Das Konzert wurde daraufhin– zwar unter Berufung auf den zum damaligen Zeitpunkt bestehenden Transportstreik und nicht aufgrund des schlechten Kartenverkaufes- kurz vor dem Termin bis auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Algerierin Chafia, Mitglied der internationalistischen Gruppe Solidal (Solidarité alternative Algérie), die sich vor allem um den Maghreb, aber auch um die Situation der Immigranten in Frankreich kümmert, beobachtete einige Monate lang "Ni putes ni soumises". Während sie ihrem Anliegen große Sympathie bekundet, ist ihrer Ansicht nach jedoch in der konkreten Bewegung ein Problem angelegt: "Es gibt keine wirkliche Bewegung von unten, keine Selbstorganisation. Der Funktionärsapparat von SOS Racisme hat seit längerem alles getan, um seine Hegemonie über diese Kampagne zu sichern. Dadurch kommt aber gerade dort keine echte Dynamik zustande, wo sie nötig wäre."

Aber Chafia macht dem organisatorischen Kern noch einen anderen Vorwurf: "Sie hatten Recht damit, von der Gewalt in den Banlieues und der Situation der jungen Frauen in der Immigrationsbevölkerung zu reden. Aber sie tun das in einer solchen Weise und mittlerweile so penetrant, dass es sich in den dominierenden Medien wunderbar in die Angstkampagne gegenüber Einwanderung, Kriminalität und Trabantenstädten einfügt. Es gibt in Frankreich 1,5 Millionen misshandelte Frauen; tun wir doch nicht so, als ob solche Probleme nur die Banlieues betreffen würden. Jetzt hat die Sache einen Dreh angenommen, dass sie zur Selbstbestätigung der Leute in den sauberen Mittelschichtvierteln wird."

Bernhard Schmid (Paris)